

## Die Gasdrofflung.

Mitteilungen des Bürgermeisters.

In der gestern abgehaltenen Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Verhältnisse im Gaswerk. Er legte dar, wie schon seit vierzehn Tagen die Gemeindeverwaltung alles aufgeboten habe, um Arbeitskräfte als Ersatz zu bekommen, und wie auch Gemeinderat Reumann unentwegt tätig war, dem Gaswerk zu helfen. Es sei nicht zu verkennen, daß auch in Friedenszeiten diese Arbeit von Slowaken, Kroaten und Italienern verrichtet wurde, daß ein Wiener Arbeiter nicht zu bewegen ist, diese Handlangerdienste zu leisten, daß die Verhältnisse in der Kriegsindustrie noch nicht so abgelaufen sind, um von Tausenden und Aber-tausenden Arbeitslosen sprechen zu können, daß die Heimkehrer entweder zur Volkswehr gehen oder sich doch einige Zeit von den unendlichen Leiden des Krieges erholen wollen und daß die Bemühungen der christlichsozialen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften, den Arbeitermangel zu beheben, bis jetzt nur sehr geringe Erfolge erzielt haben. Da bei der Drofflung allgemein der Druck herabgesetzt werden muß, ist es auch nicht möglich, für irgendein Unternehmen oder irgendeinen Haushalt eine Ausnahme zu machen.

Der Bürgerklub würdigte die Ausführungen des Bürgermeisters und nahm dessen Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Eine Darstellung des Gaswerksdirektors Menzel.

In der Rathhauskorrespondenz äußert sich der Gaswerksdirektor Menzel zur Gasperre unter anderem wie folgt:

Gegen die Gemeindeverwaltung wird von mancher Seite der Vorwurf erhoben, daß die jetzt notwendig gewordene Drofflung der Gasabgabe durch rechtzeitige Vorkehrungen hätte vermieden werden können. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Schon vor Monaten wurde mit den ausländischen militärischen Stellen wegen des allmählichen Ersatzes der nach Kriegsende frei werdenden rund 750 in den Gaswerken beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen verhandelt. Es wurde militärischerseits die Zusicherung gegeben, daß bei Kriegsende selbstverständlich nur ein allmähliches Abziehen der Kriegsgefangenen nach Maßgabe der frei werdenden Arbeitskräfte stattfinden wird; dabei war die Militärverwaltung der Ansicht, daß solche Arbeitskräfte in außerordentlich großer Zahl vorhanden sein werden. Die Gemeindeverwaltung hat trotz dieser Zusicherung schon vor vier Wochen mit dem Militärregiment in Lublin, von dem schon früher Arbeiter bezogen wurden, wegen Beistellung von 700 russisch-polnischen Arbeitern verhandelt. Eine Beistellung erfolgte aber nicht. Endlich setzte sich die Gemeindeverwaltung mit den neu geschaffenen Staatsämtern wegen Beschaffung von Zivilarbeitern in Verbindung. Es muß anerkannt werden, daß die staatlichen Stellen bemüht waren, die Beschaffung von Arbeitskräften zu fördern; ein Erfolg war aber allen diesen Bemühungen nicht beschieden. Auch die in ganz Wien angeschlagenen Aufrufe zur Arbeitsmeldung für die städtischen Gaswerke haben bisher ausreichenden Erfolg nicht gehabt. Von Versäumnissen oder einem Mangel an Voraussicht könne demnach gewiß nicht gesprochen werden.

Ein Appell des Staatssekretärs Dr. Mataja.

Der Staatssekretär des Innern hat heute folgenden Aufruf an die Bevölkerung Wiens gerichtet:

Die Knappheit an Kohlenvorräten, unter der auch die Wiener städtischen Gaswerke schwer zu leiden haben, gebietet große Sparmaßnahmen in der Gasverwendung. Ich schließe mich

daher dem Appell des Wiener Bürgermeisters an die Wiener Bevölkerung bezüglich der Einschränkung des Gasverbrauches an und erwarte, daß dieser Appell nicht unbeachtet verhandle. Wer die im Interesse der Allgemeinheit dringend gebotene Einschränkung nicht auf sich nimmt, verfällt nicht bloß der auf die Übertretung gesetzten Strafe, sondern muß auch das beschämende Bewußtsein auf sich nehmen, seine Sonderinteressen über die Interessen der Allgemeinheit gesetzt zu haben.